

UN-Atomwaffenverbot



Engagement deutscher Firmen im Atomwaffengeschäft

Atomwaffensperrvertrag (NPT)



Kernwaffen oder sonstige Kernsprengkörper dürfen weder hergestellt noch sonst wie erworben werden. Unterstützung zur Herstellung von Kernwaffen oder sonstigen Kernsprengkörpern darf weder gesucht noch angenommen werden.*

Aber:

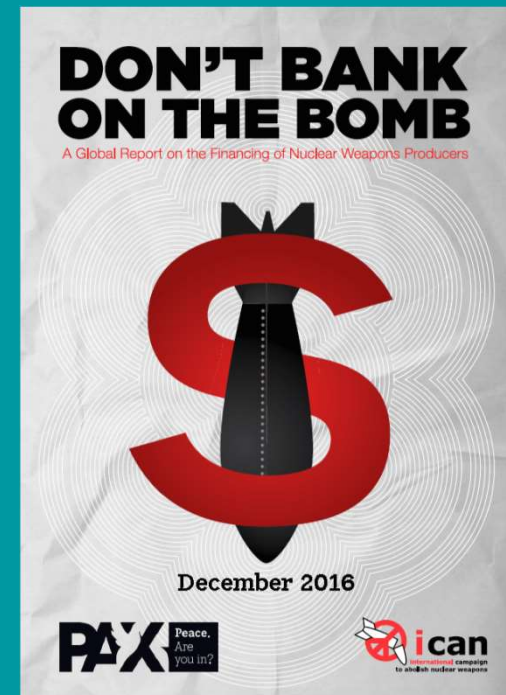
Es wird nicht explizit verboten, dass deutsche – öffentliche wie private – Finanzinstitute Dienstleistungen für Atomwaffenhersteller anbieten.

*von Unterzeichnern, die keine Atomkräfte sind

Quellen

Don't bank on the Bomb

- jährliche Reports seit 2012
- letzter Report 2016
- Zahlen basieren auf der deutschen Zusammenfassung des 2014 Reports



Atomwaffenhersteller

Platz	Hersteller	Betrag (in Mio. EUR)	Prozentualer Anteil des militärischen Umsatzes	Militärischer Umsatz (in Mio. EUR)
1	BAE Systems	564,77	95%	537,37
2	Northrop Grumman	530,19	77%	408,25
3	Raytheon	264,51	92%	226,79
4	Airbus Group	762,30	21%	160,08
5	Finmeccanica	257,95	57%	147,03
6	ThyssenKrupp	3436,54	3%	103,10
7	Boeing	217,13	34%	73,82
8	Honeywell Int.	407,43	14%	57,04
9	Thales	114,73	49%	56,22
10	Lokheed Martin	69,30	76%	52,67
11	Alliant Techsystems	87,78	53%	46,62
12	Serco	129,30	28%	36,20
13	Textron	110,11	29%	31,93
14	GenCorp	7,70	83%	6,40
15	Fluor	58,26	8%	4,66
16	Huntigton Ingalls Ind.	29,85	96%	2,66
17	Larsen & Turbo	13,86	10%	1,39
18	Safran	2,71	30%	0,81
19	TASC	118,58	k.A.	k.A.
20	Babcock & Wilcox	73,15	k.A.	k.A.
Gesamt		7256,15	-	1953,04

Atomwaffenhersteller

ThyssenKrupp

Die Schiffsbausparte des Unternehmens, Thyssen Krupp Marine Systems (TKMS), konzentriert sich seit einigen Jahren primär auf den Bau von Marine- bzw. Kriegsschiffen und U-Booten und ist dabei des Öfteren durch die Lieferung von nichtnuklearen U-Booten in Spannungsgebiete wie unlängst nach Ägypten in die Negativschlagzeilen geraten. Aktuell produziert TKMS drei U-Boote der sogenannten Dolphin-II-Klasse für die israelische Marine, die diese nach Expertenmeinung auch mit atomwaffenfähigen Marschflugkörpern bestücken kann.

BAE

Das Unternehmen ist auch Hauptauftragnehmer für das System der Minuteman-III-Interkontinentalraketen. Laut SIPRI sind 95% der Umsätze des Unternehmens militärischen Ursprungs. BAE Systems ist am Atomwaffenherstellerkonsortium MBDA beteiligt (siehe Airbus Group),

Airbus

Die Airbus Group (vormals EADS) ist über eine Beteiligung am MBDA-Konsortium an der Herstellung von ASMPA-Atomraketen für die französische Luftwaffe beteiligt. Gleiches gilt für die Herstellung seegestützter Atomraketen (M-51) für die französische Marine.

Umfang der Finanzdienstleistungen auf der Basis militärischer Umsätze

Platz	Finanzinstitut	Gesamtsumme (in Mio. EUR)	Umsatz von Postbank (in Mio. EUR)	Halten von Anleihen (in Mio. EUR)	Kredite (in Mio. EUR)	Ausgabe von Anleihen (in Mio. EUR)
1	Deutsche Bank	1135,34	1135,34	6,40	241,14	542,66
2	Allianz	305,20	305,20	159,74	-	-
3	Commerzbank	291,75	291,75	-	172,11	112,53
4	UniCreditGroup	238,75	-	-	96,87	141,88
5	DZ-Bank-Gruppe	93,47	93,47	-	14,02	-
6	BayernLB	57,00	57,00	-	45,18	12,25
7	Helaba	29,55	29,55	-	29,55	-
8	KfW	14,02	14,02	-	14,02	-
9	LBBW	1,73	1,73	-	1,73	-
10	Norddeutsche LB	1,73	1,73	-	1,73	-
11	HSH Nordbank	1,73	1,73	-	1,73	-
	Gesamt	2170,68	577,13	166,14	618,08	809,32

Ethikregeln



Die meisten Banken haben heute eine unternehmensweit gültige und veröffentlichte Richtlinie für Rüstungsgeschäfte. Danach schließt sie die Finanzierung von Transaktionen, die einen Bezug zu „kontroversen Waffen“ - wie z.B. Atomwaffen – haben, aus. Dies schließt jedoch nicht Dienstleistungen für Mischkonzerne aus, die „zu einem geringen Teil auch im Rüstungsgeschäft aktiv sind“. Allerdings sind Unternehmen, die ausschließlich Atomwaffen produzieren bzw. Rüstungsgüter herstellen, nicht bekannt.

Allianz (2012): Solange von Seiten der Politik keine klare Gesetzgebung erfolge, sei es nicht Aufgabe der Wirtschaft, gegen Firmen zu intervenieren, die an der Herstellung von Atomwaffen beteiligt sind.

Entwicklungen

16.1.2018

Der norwegische Pensionsfonds, einer der größten Staatsfonds der Welt, zieht sich wegen ethischer Bedenken aus mehreren Firmen zurück.

Financial Times 11.1.2018:

Europe's biggest pension fund, ABP of the Netherlands, plans to ax tobacco and nuclear weapons from its investment portfolio.

3.11.2017:

Friedensnobelpreis-Stiftung will nicht mehr in Atomwaffen investieren.



GSoA zeigt Nationalbank an

Die Bank solle ihre Aktien des US-Atomwaffenherstellers Boeing verkaufen, fordert die Gruppe. Die Investitionen verletzen Menschenrechte.

Andreas Schmid

Die Beteiligungen der Schweizerischen Nationalbank (SNB) an Herstellern von Nuklearwaffen in den USA haben Ende 2017 fast 2 Milliarden Franken ausgemacht. Im Sommer lagen die Investitionen noch bei 1,2 Milliarden, vor zwei Jahren betragen sie erst 600 Millionen. Diese Anlagen sind der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) schon lange ein Dorn im Auge; seit April sammelt sie Unterschriften für eine Volksinitiative, die es der SNB und Pensionskassen verbieten will, Aktien von Kriegsmaterial-Produzenten zu kaufen. Zehn Monate vor Ablauf der Frist hat die GSoA laut Sekretär Lewin Lempert bereits 90 000 Unterschriften beisammen.

Um den Druck auf die öffentlichen Anleger zu erhöhen, ist die

GSoA zudem mit einer Aufsichtsanzeige gegen das SNB-Direktorium an den Bankrat gelangt. Die Armeegegner verlangen, dass die Nationalbank ihre Beteiligung im Wert von derzeit über 500 Millionen Franken am US-Rüstungskonzern Boeing verkauft. Das Unternehmen sei führend in der Entwicklung und Produktion von Kernwaffen, woraus die SNB finanziellen Nutzen ziehe, begründet die GSoA ihr Vorgehen.

Bankratspräsident Jean Studer – er war einst Neuenburger SP-Ständerat und Regierungsrat – beschied der Gruppe, er habe keinen Grund zur Annahme, dass die Anlagepolitik und einzelne Investitionsentscheide der SNB gegen die massgebenden Gesetze und Vorgaben verstossen könnten.

GSoA-Sekretär Lempert kritisiert, der Bankrat gehe nicht auf die Kritik ein, dass die SNB mit Aktien eines Herstellers von Massenvernichtungswaffen Geld verdiene. «Die Antwort auf die Aufsichtsanzeige überzeugt nicht.»

Evelyne Schmid, Professorin für internationales und öffent-



Eine Volksinitiative will die Anlagepolitik der Nationalbank ändern.

liches Recht an der Universität Lausanne, gibt zu bedenken, dass der Einsatz von Nuklearwaffen anderer Staaten das Recht auf Leben für die Schweizer Bevölkerung beeinträchtigen könnte. Dies betreffe die SNB, denn als öffentliche Institution sei sie an

die Europäische Menschenrechtskonvention gebunden.

SNB-Medienchef Walter Meier betont, die Bank halte das Kriegsmaterialgesetz und alle weiteren Vorgaben ein. Das Befolgen der eigenen Richtlinien und Auschlusskriterien für Anlagen

werde in einem zweistufigen Prozess überprüft. Der erste Schritt enthalte die Sichtung und Nutzung öffentlich zugänglicher Informationen, um Firmenausschlüsse vorzuspüren. «Die zweite Stufe umfasst die Beurteilung, ob eruierte Unternehmen umgangen werden sollen», sagt Meier. Diese Aufgabe übertrage die SNB externen Dienstleistern.

Meier macht publik, dass die SNB kürzlich ihre Richtlinien angepasst habe, da neu auch Aktienanlagen in Nichtindustrieländern gekauft würden. «Bisher galten Atomwaffen nicht als international geächtet», erklärt Meier. Künftig würden aber Firmen ausgeschlossen, die nicht legitimierten Atommächten – Indien gehört zum Beispiel dazu – Nuklearwaffen herzustellen helfen.

Den Umstand, dass die Beteiligungen der Nationalbank in US-Kernwaffenproduzenten stark gestiegen sind und fast 2 Milliarden ausmachen, erklärt Medienchef Meier mit Kursveränderungen einzelner Aktien sowie länger gehaltenen Aktienbeständen.

28.1.2018

Die SNB investiert 2 Milliarden in Atomwaffenproduzenten

Neuer Report



Der aktuelle Report erscheint am 7. März 2018

Status 1.3.2018



Unterschrieben: 56

Ratifiziert 5

Cuba	30. January 2018
Guyana	20. September 2017
Holy See	20. September 2017
Mexico	16. January 2018
Thailand	20. September 2017

Koalitionsvertrag

**Kein Wort zur atomaren Bewaffnung
und zum Atomwaffenverbot**



CDU



SPD



CSU 

Aktionstag am Fliegerhorst Büchel/Eifel Samstag, 7. Juli 2018

Die **Projektgruppe des Aktionstages 7.7.2018** besteht aus Christinnen und Christen aus den Evangelischen Kirchen in Baden, Bayern, Hessen-Nassau, Kurhessen-Waldeck, der Pfalz, im Rheinland und in Württemberg.

mehr: kirchengegenatomwaffen.wordpress.com